

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Tageblatt Riesa,
Grenzstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Riesa 1580
Stroßhof:
Riesa Nr. 52.

Nr. 24.

Donnerstag, 29. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialkosten behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 1 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Zuschlag feste Tarife. Bewilligter Rabatt zeitlich, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Zehnjährer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Verzögerung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Gesicht nach Osten.

Das deutsche Messerwesen befindet sich gegenwärtig in einer Krise. Der frühere Wagemut der Kommunen, die einen Konkurrenzkampf mit immer neuen Messen durchführten, ist einer Katerstimmung gewichen. Von den 249 deutschen Messen des Jahres 1927 sind nur wenige übrig geblieben. Die einzige Erinnerung an sie sind schwere Schuldenlasten in den städtischen Etats. Der wirtschaftliche Zwang zur Rationalisierung und Konzentration hat sich auch hier durchgesetzt. Die einzige Stadt, die ihre Vormacht auf dem Gebiete des Messerwesens unbestritten behauptete, ist Leipzig. Die technische Leipziger Messe umfaßt heute allein 17 große Ausstellungshallen mit 105 000 Quadratmetern gedeckter Ausstellungsfläche, sowie rund 17 000 Quadratmetern benutzungsfertiger Freifläche. Da die Technisierung der Welt erst im Anfang steht, ist zu hoffen, daß die Zahl von 3000 Firmen des In- und Auslandes, die alljährlich in Leipzig ausstellen, nach Überwindung der Wirtschaftskrise noch erheblich wachsen wird.

Bei der Vorbereitung für den deutschen Export nach dem Weltkriege hat sich mehr und mehr herausgestellt, daß die deutschen Exportmöglichkeiten nach dem Westen nur verhältnismäßig gering sind und daß allein im Osten Erfolg im großen Stil für den deutschen Außenhandel zu erwarten ist. Diese Frontstellung mit dem Gesicht nach Osten drückt sich auch in dem soeben vollzogenen engeren Zusammenfluß zwischen der Königsberger Messe und der Königsberger Messe aus. Gewiß hat die Königsberger Messe zunächst ihre besondere Bedeutung für die abgegrenzte deutsche Ostprovinz. Sie ist wesentlich für die Landwirtschaft gedacht und nicht so sehr technische Messen wie ihre natürlich weit größere und bedeutendere Leipziger Kollegin. Die Zukunft weist aber Königsberg eine Bedeutung weit über provinzielle Interessen hinaus zu. Schon heute ist der Käuferstrom aus den baltischen Ländern, aus Polen und vor allem aus Rußland nach Königsberg groß. Dadurch hat sich in der ostpreussischen Metropole ein Bedürfnis für die besonderen Fragen eines deutschen Ost-Exports gebildet, das den dort tätigen Persönlichkeiten eine besondere, auch wissenschaftlich durchgeführte Sachkunde in Ostfragen verleiht, wie sie im Reich nicht überall zu finden ist. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Königsberger und der Leipziger Messe soll diese Sachkunde für den gesamten deutschen Exporthandel fruchtbar machen. Leipzig stellt demgegenüber Königsberg seine großartige Propaganda-Organisation zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit der beiden Messen wird schon in der nächsten Zeit in Erscheinung treten, besonders wenn die Vorbereitungen für eine neue Finanzierung des deutschen Exports, an denen gegenwärtig gearbeitet wird, zum Abschluß gelangt sind. Wenn man die wirtschaftlichen Führer der beiden Messen hört, kann man sich dem Eindruck eines starken Optimismus und einer ungebrochenen Aktivität nicht verschließen. Voraussetzung für eine fruchtbare Arbeit bleibt freilich, daß die großen Absatzmöglichkeiten des deutschen Ostexports nicht durch eine Zollpolitik zerschlagen werden, die den deutschen Binnenmarkt künstlich gegen sein asiatisches Hinterland abschließt.

Das Schicksal der Wahlreform.

Da Berlin. Dem Reichstag liegt seit längerer Zeit die Wahlreformvorlage der Regierung vor, deren wesentliches Ziel bekanntlich die Verkleinerung und damit Vermehrung der Wahlkreise und die Abschaffung der Reichstages ist. Die Ausschüsse des Reichstags haben bisher eine erste Lesung der Vorlage vorgenommen. Wie das Nachrichtenbüro des BvA hört, wird die zweite Lesung in den nächsten Wochen stattfinden, so daß die Wahlreformvorlage noch im Februar vom Reichstag verabschiedet werden wird. Sie wird dann dem Reichstag zugestellt werden. Im Reichstag wird voraussichtlich eine Einigung auf der Grundlage der Regierungsvorlage erfolgen. Eine Änderung des Wahlalters, die von verschiedenen Seiten gewünscht wird, ist nicht zu erwarten. Auch im Reichstag würde eine solche Änderung keine Mehrheit finden, da Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten unter allen Umständen dagegen sind und diese Parteien allein schon die Mehrheit haben. Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, würde sogar eine Zweidrittelmehrheit für die Änderung des Wahlalters notwendig sein.

Der 50 Millionen-Elektrifizierungsauftrag der Reichsbahn.

Berlin. (Funkpruch.) Zu den Äußerungen eines Berliner Morgenblattes, das im Zusammenhang mit dem 50-Millionen-Elektrifizierungsauftrag der Reichsbahn zur Reichsbahnkonvention spricht, bei denen die Gegenleistung der Reichsbahn in Form von Tarifherabsetzungen ungenügend sei, wird von unterrichteten Kreisen des Reichsverkehrsministeriums darauf hingewiesen, daß in dieser Presseäußerung zwei völlig verschiedene Dinge durcheinander gemischt werden. Wenn das Reich für den 50-Millionen-Kaufvertrag zur Elektrifizierung der Strecke Augsburg-Stuttgart für die ersten fünf Jahre den Zinsendienst übernimmt, da die Reichsbahn während der Bauzeit dazu nicht in der Lage ist, so schließt dies, weil die Elektrifizierung im öffentlichen Interesse liegt und das Projekt bereits im Arbeitsbeschäftigungsprogramm vom Juli u. a. enthalten ist. Die Reichs-

Billigung der Stellung der Genfer Delegation.

Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 29. Januar.

In der gestrigen Sitzung unter Vorsitz des Reichskanzlers nahm das Reichskabinett einen umfassenden Bericht des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Curtius, über den Verlauf des Europäischen Studienauschusses und der Tagung des Völkervertrages entgegen. Der Reichskanzler stellte abschließend fest, daß die von der Delegation eingenommene Haltung und das in Genf erreichte Ergebnis die einstimmige Billigung des Reichskabinetts gefunden haben und sprach dem Reichsminister des Auswärtigen den aufrichtigen Dank des Reichskabinetts für die erfolgreiche Vertretung der deutschen Interessen aus.

Das Reichskabinett verabschiedete dann die Entwürfe einer Reichsdienststrafordnung und eines Gesetzes über Beamtenvertretungen, die unverzüglich dem Reichstag zugestellt werden.

Bräut Kaas für Revision

Trier, 29. Januar.

Der Führer der Zentrumspartei, Bräut Kaas, führte gestern abend in einer großen Kundgebung der Zentrumspartei über das Thema „Schicksalsjahr 1931: Vorwärts oder rückwärts?“ u. a. aus: Wer die Zeichen richtig versteht, sei sich darüber klar, daß die bestreite und erlösende Last auf revidionspolitischem Gebiet ohne schwersten Schaden nicht mehr länger aufgeschoben werden dürfe. Keine deutsche Regierung könne dem deutschen Volke weiter einseitige Opfer auf dem Reparations-Akt abzwängen, wenn die Gegenseite nicht die Voraussetzungen für die Tragbarkeit mitschaffen helfe. Keine deutsche Regierung werde stark genug sein, die Kräfte zu bannen, die eine über das Maß des Erträglichen hinaus erzwingende Reparationslast mit naturhafter Gewalt auf den Plan rufen müsse.

Der Redner besprach dann die überspitzte Empfindsamkeit gewisser französischer Kreise gegenüber jeder ernsthaften Erörterung des Revisionsgedankens. Doch gebe es kein Land, das von etwaigen deutschen Revisionswünschen weniger getroffen werde als gerade Frankreich. Man könne den Revisionsgedanken nicht endgültig einsparen, ohne denen Oberwasser zu geben, die schon längst aus der Verzögerung einer wahrhaften Versöhnungspolitik den Löwenanteil ihrer Agitation gezogen hätten. Zu den dringenden Fragen rechne das Zentrum in erster Linie die Reparationsregelung. Wir erwarten von der Regierung, daß sie in der Ab-

bahnhauptverwaltung würde bei der augenblicklichen angespannten Finanzlage von sich aus dieses Elektrifizierungsprojekt nicht durchführen können.

Zum Etat des Reichsernährungsministeriums.

Berlin. (Funkpruch.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Etats des Reichsernährungsministeriums fort. Dabei ergriff wiederum Minister Schiele das Wort. Er ging auf verschiedene Punkte ein, die gestern in der Aussprache angeschnitten worden sind.

Zur Anfrage des BvA, ob die über das Bandern der Schweine nach dem Osten wies der Minister darauf hin, daß die Schweinehaltungen in Deutschland allgemein um 17,1 Prozent im letzten Jahre zugenommen haben. Die Zunahme der Schweine bestehenden Haushaltungen hätten nach der Zählung vom 2. September 1929 gegenüber der vorläufigen Zählung im Nordwesten eine Zunahme um 6 Prozent, im Nordosten um 9 Prozent und Südwesen sogar um 18 Prozent erfahren.

Es sei dann bemerkt worden, daß die Viehpolitik des Reichsernährungsministeriums nicht die erwartete Verminderung des Imports zur Folge gehabt habe. Dazu sei zu bemerken, daß der Einfuhrüberschuß an Fleisch von ausländischem Vieh im Jahre 1929 2 124 000 Doppelpentner, im Jahre 1930 dagegen nur noch 1 106 000 Doppelpentner betragen habe. Diesem Rückgang der Einfuhr um 1 Million Doppelpentner sei es zu verdanken, daß trotz des starken Angebotes an Schweinen die Preise für Schweine sich nicht noch mehr verschlechtert habe.

Zu der gestern vom BvA, Stubbendorf aufgestellten Forderung, den Verzehrsauswuchs für Inlandsweizen auf 66 Prozent festzusetzen, erklärte der Minister, daß dies nicht zu verantworten sei. Selbst wenn man die reiche Weizen-ernte des Jahres berücksichtige, lasse sich der Inlandsbedarf im Jahre durchschnittlich durch deutschen Weizen nur um etwa 70 Prozent decken und dieser Prozentsatz werde noch kleiner, wenn man berücksichtige, daß die meisten Mühlen schon immer zu gut wie ausschließlich deutschen Weizen vermahlen. Es gäbe nur etwa 400 Mühlen in Deutschland, die nicht mehr als den festgesetzten Verzehrsauswuchs verarbeiten. Deshalb müsse man in der Praxis die Verzehrsauswuchsquote im Durchschnitt noch niedriger ansetzen, wobei man im gewogenen Jahresdurchschnitt auf 65 Prozent käme. Der

rückungsfrage an dem bisher vertretenen Standpunkt festhält und bezüglich der Winderheiten die Anwendung der Menschlichkeit und die Vertragstreue zu erreichen versucht. Deutschland vor dem Zusammenbruch zu bewahren, ist Sinn und Aufgabe des Kabinetts Brüning. Seit Jahren hat man nach dem Führer gerufen. Heute haben wir ihn. Folgen wir ihm!

Zaleski über seine Genfer Eindrücke.

Paris. Der polnische Außenminister Zaleski, der am Dienstag nach 2-tägigem Aufenthalt in Paris nach Warschau abgereist ist, gab einem hiesigen Blatt eine kurze Erklärung über seine Genfer Eindrücke. Zaleski sagte, er sei von der Wendung außerordentlich befriedigt, die der deutsch-polnische Streit in Genf genommen habe. Von einem Erfolge für die eine oder die andere Partei habe er nicht die Rede sein können. Man habe den Streit dem Rat unterbreitet und es sei ein Kompromiß zustande gekommen, wie es bei einem Schiedsverfahren natürlich sei. Das, was man vernünftigerweise hätte erzielen können, sei eine Lösung gewesen, die eine Entzweiung in den deutsch-polnischen Beziehungen ermdlich. Dieses Ziel sei erreicht, worüber er sich aufrichtig freue.

Arbeitsbeschaffung, Frachten- und Gehaltsentung bei der Reichsbahn.

Berlin. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft hielt eine Sitzung ab, in der die Frachtenentungen gebilligt wurden, die die Hauptverwaltung zur Förderung der Preisentlastungsaktion vorgenommen hat. Es handelt sich um die für den Zeitraum der ersten vier Monate des Jahres 1931, sowie um Frachtermäßigungen für Kohle, Eisen, Eisenwaren, Tiere, Kartoffeln und verschiedene Lebensmittel. Das Ausmaß der Tarifentzweiungen beträgt für die Reichsbahn 48 Millionen Mark jährlich. Der Verwaltungsrat hat ferner beschlossen, außer der durch die Preisentlastungsaktion verursachten Kürzung der Beamtengehälter um 6 Prozent, die nichtbesoldeten Beamten der leitenden Reichsbahnbeamten ab 1. Februar um 20%, zu kürzen. Für den Generaldirektor und die Mitglieder des Vorstandes beträgt die Kürzung ihrer gesamten Gehälter vom 1. Januar ab 20 Prozent. Schließlich hat der Verwaltungsrat der Aufnahme eines Kredits zugestimmt, der zur weiteren Streckenverlängerung in Süddeutschland verwendet werden soll. Die Reichsregierung wird für die ersten Jahre die Verinsung des Kredits übernehmen. Der Kredit beträgt rund 50 Millionen Mark. Etwa 10 000 Arbeiter sollen dadurch 1 1/2 Jahre lang Beschäftigung finden.

sich gegen die stabilen Bölle wende, weil sie politischen Charakter hätten, dürfe auf der anderen Seite keinen garantierten Preis fordern, denn die Erreichung eines bestimmten Preises sei natürlich nur durch Bölle möglich, die sich der jeweiligen Lage anpassen.

Schweres Bergwerksunglück in Indiana.

London. Bei einer Explosion von fünfzehn Tausend Dynamit im Bergwerk in Indiana haben, wie aus Vinton gemeldet wird, voraussichtlich sämtliche 33 Bergarbeiter, die in der Grube beschäftigt waren, das Leben verloren. Bisher wurden fünf Leichen geborgen.

Als Ursache wurde anfänglich eine Pulverexplosion angenommen, später eine Gasentzündung. Die Geretteten vermochten nur ungenügende Auskunft zu geben. Die meisten Zugänge ins Bergwerk sind derart veripert, daß die Rettungsarbeiten nur langsam vorwärtsgen.

Neues schweres Erbeben in Albanien.

London. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat sich in Albanien ein neues schweres Erbeben ereignet. In Korça stürzten die orthodoxe Kirche und viele Häuser ein. Zwei Flugzeuge sind in das Unfallsgebiet abgegangenen, um einen Bericht über die Ausdehnung des Erdbebens zu geben, da alle Drahtverbindungen unterbrochen sind. Bisher werden 4 Tote gemeldet.

Tirana. (Funkpruch.) Das Erbeben verursachte an einigen Häusern Schaden. 600 Häuser wurden unbesitzbar. Das Internat des Seminars für Mädchen, sowie das Lyzeum wurden ernstlich beschädigt. Die neue rumänische Pfarrkirche wurde vollständig zerstört. Die Telefonverbindungen sind unterbrochen. Die elektrische Beleuchtung funktioniert nicht. Die Regierung hat sofort Maßnahmen ergriffen, um die Verbindungen wieder herzustellen und die Obdachlosen unterzubringen.

Am Samstag traten neue Erdstöße auf. Fast alle Häuser der Stadt wurden mehr oder weniger beschädigt. Unter der Bevölkerung herrscht ein panischer Schrecken. Alle Hilfsmaßnahmen sind getroffen.

6. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
7. Erhebung des Ostpreußen über den Schlichtungs-
10. Regelung der Stilllegung von Bahnen beim
Eingreifen des Schlichtungs-
11. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
12. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
13. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
14. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
15. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
16. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
17. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
18. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
19. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
20. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
21. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
22. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
23. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
24. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
25. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
26. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
27. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
28. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
29. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
30. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
31. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
32. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
33. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
34. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
35. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
36. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
37. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
38. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
39. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
40. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
41. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
42. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
43. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
44. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
45. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
46. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
47. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
48. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
49. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
50. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
51. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
52. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
53. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
54. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
55. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
56. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
57. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
58. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
59. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
60. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
61. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
62. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
63. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
64. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
65. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
66. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
67. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
68. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
69. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
70. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
71. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
72. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
73. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
74. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
75. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
76. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
77. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
78. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
79. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
80. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
81. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
82. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
83. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
84. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
85. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
86. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
87. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
88. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
89. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
90. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
91. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
92. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
93. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
94. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
95. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
96. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
97. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
98. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
99. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.
100. Aufnahme eines Raubvertrages von 4000 Mark.